

Offener Brief des **deutschen No SLAPP Bündnisses**
an die Mitglieder des Deutschen Bundestages:

Regierungsentwurf verfehlt wirksamen Schutz vor Einschüchterungsklagen

Berlin, 13. März 2026

Sehr geehrte Abgeordnete,

die unterzeichnenden Organisationen nehmen den Regierungsentwurf zur Umsetzung der EU-Anti-SLAPP-Richtlinie (EU) 2024/1069 mit großer Sorge zur Kenntnis.

Strategische Klagen gegen öffentliche Beteiligung („SLAPPs“) stellen auch in Deutschland ein zunehmendes Problem für die freie Meinungsäußerung dar und das deutsche Recht hat keineswegs bereits befriedigende Antworten darauf. Journalist:innen, zivilgesellschaftliche Organisationen, Wissenschaftler:innen sowie engagierte Bürger:innen sehen sich immer häufiger mit kostspieligen Klagen oder Abmahnungen konfrontiert, die weniger der Rechtsdurchsetzung als vielmehr der Einschüchterung kritischer Stimmen dienen. Die Umsetzung der EU-Richtlinie bietet die wichtige Chance, Betroffene erstmals wirksam vor solchen missbräuchlichen Verfahren zu schützen. Der vorliegende Regierungsentwurf bleibt jedoch weit hinter diesem Anspruch zurück.

Gegenüber dem Referentenentwurf vom Sommer 2025 stellt er einen erheblichen Rückschritt dar: Der Anwendungsbereich wurde auf grenzüberschreitende Sachverhalte beschränkt. Die Fallzahlen der No SLAPP Anlaufstelle zeigen jedoch, dass ein Großteil aller betreuten SLAPP-Fälle rein nationale Sachverhalte sind. Zudem beginnen die allermeisten Fälle mit Abmahnungen und erreichen nie ein Gericht – der außergerichtliche Bereich bleibt im Entwurf aber vollständig unregelt, obwohl auch hiervon eine einschüchternde Wirkung ausgeht. Das Gesetz würde damit an der Lebensrealität der Betroffenen vorbeiziehen.

Wir fordern die Abgeordneten des Deutschen Bundestags auf, im parlamentarischen Verfahren folgende Nachbesserungen vorzunehmen:

- (1) Ausweitung des Anwendungsbereichs auf nationale Fälle, wie im Referentenentwurf vorgesehen und dort überzeugend begründet
- (2) Regelung des außergerichtlichen Bereichs, insbesondere Kostendeckelung für

Abmahnungen und Erstattungspflichten bei unberechtigten Abmahnungen

(3) Deutliche Erhöhung der Sanktionen für missbräuchliche Klagen, damit diese eine tatsächliche Abschreckungswirkung entfalten

(4) Gesetzliche Verankerung der dauerhaften Finanzierung von Beratungs- und Schulungsstrukturen für Betroffene, wie es Artikel 19 Abs. 2 der EU-Richtlinie verlangt

Der Referentenentwurf aus dem letzten Jahr hat gezeigt, dass ein wirksamer Schutz möglich ist – Deutschland kann also über die mangelhaften EU-Mindeststandards hinausgehen und europaweit Maßstäbe setzen. Wir appellieren an Sie, diese Chance zu nutzen und ein Gesetz zu verabschieden, das Journalist:innen, zivilgesellschaftliche Akteur:innen und alle, die sich an öffentlichen Debatten beteiligen, wirksam vor strategischer Einschüchterung schützt.

Unterzeichnende Organisationen:

AG Kurzfilm

AG DOK - Berufsverband Dokumentarfilm

Aktionsgemeinschaft Gleisdreieck e. V.

BEFORE e.V.

Blueprint for Free Speech e.V.

Bundesverband Mobile Beratung e.V.

Crew United

Deutscher Journalisten-Verband (DJV)

Deutsche Journalistinnen- und Journalisten-Union (dju in ver.di)

FEMNET e.V.

FragDenStaat

Fridays for Future Deutschland

Green Legal Impact Germany e.V.

Greenpeace Deutschland

GSPF – Gesellschaft für Sexarbeits- und Prostitutionsforschung e.V.

Kampagne für Saubere Kleidung / Clean Clothes Campaign Germany

Lichterkette e.V.

Reporter ohne Grenzen

Rettet den Regenwald e.V.

Romero Initiative

TAZ

Verein für Natur und Landschaft in Brandenburg e.V.

Verfassungsblog

Work-Watch e.V.

Kontakt zum Bündnis über die [No SLAPP Anlaufstelle](mailto:contact@noslapp.de): contact@noslapp.de

Vollständige Stellungnahme der No SLAPP Anlaufstelle:
<https://www.noslapp.de/neuigkeiten/stellungnahme-zum-regierungsentwurf-eines-deutschen-anti-slapp-gesetzes>